



Interviews

Datum: 30. März 2023

Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, im Gespräch mit Christoph Heinemann

Christoph Heinemann: Die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen sind vorerst gescheitert. Jetzt sind unabhängige Schlichter am Zug. Ab diesem Sonntag herrscht in der Zeit der Schlichtung Friedenspflicht. Bis dahin seien, so sagen die Gewerkschaften, allenfalls noch kleinere regionale Warnstreiks geplant.

Die Schlichtungskommission hat jetzt bis Mitte April Zeit, einen Einigungsvorschlag für das Einkommen der 2,5 Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen vorzulegen. Die Vorsitzenden der Schlichtungskommission sind der ehemalige sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt für die Arbeitgeberseite und der ehemalige Bremer Staatsrat Hans-Henning Lühr für die Gewerkschaften.

Am Telefon ist jetzt Gerd Landsberg, der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. – Guten Morgen!

Gerd Landsberg: Guten Morgen, Herr Heinemann.

Heinemann: Herr Landsberg, welche Chance räumen Sie der Schlichtung ein?

Landsberg: Ich bin Optimist. Deswegen hoffe ich, dass sie einen guten Vorschlag machen. Man muss natürlich auch sehen, das Scheitern haben ja nicht die Arbeitgeber erklärt, sondern die Gewerkschaften, und daraufhin haben die Arbeitgeber gesagt, wir rufen die Schlichtung an. Aber das wird eine große Herausforderung. Wenn ich jetzt gerade lese, dass die Gewerkschaften sagen, die Kommunen, die Arbeitgeber hätten offenbar kein Verständnis für die Sorgen und Nöte der Beschäftigten, dann finde ich das, gelinde gesagt, übertrieben und auch unfair. Das Angebot der Arbeitgeberseite, acht Prozent, 300 Euro Mindestbetrag plus 3000 Euro, die man ja steuer- und sozialabgabenfrei bekommt, das ist ja schon ein deutliches Signal. Und ich hoffe, dass alle Beteiligten doch noch zu einer vernünftigen Lösung kommen.

Heinemann: Herr Landsberg, gegenseitige Schuldzuweisungen gehören ja zum Ritual. Welchen Spielraum sehen Sie für die Schlichtung?

Landsberg: Der ist nicht allzu groß. Ich habe ja beschrieben, was die Arbeitgeberseite formuliert hat. Man muss wissen: Das was die Arbeitgeberseite angeboten hat, bedeutet bereits für die Kommunen einen zweistelligen Milliarden-Betrag pro Jahr. Jetzt sagen die Gewerkschaften, ja, ihr habt aber auch ganz gute Steuereinnahmen – die sind nicht so drastisch nach unten gegangen, wie wir befürchtet hatten, aber unsere Ausgaben steigen doch ohne Ende. Wir sollen den Klimaschutz voranbringen, wir sollen Flüchtlinge unterbringen. Ich finde, gerade der öffentliche Dienst muss auch den Gesamtstaat sehen, und da sehe ich, der Staat hat Milliarden investiert für die Gas- und Strompreisbremse, was uns alle entlastet. Die Wirtschaft knackt an einer Rezession vorbei. Die Frage der Energiekrise ist nicht gelöst. Wenn man das mal alles im Zusammenhang sieht, dann fand ich das Angebot von der Arbeitgeberseite mit acht Prozent schon ziemlich ordentlich.

Heinemann: Die Gewerkschaften rechnen so: Kommunen verzeichnen neun Milliarden Euro Mehreinnahmen durch Steuern. Also Spielraum besteht; man müsste nur wollen?

Landsberg: Das ist zwar einerseits richtig, aber andererseits auch falsch. Man muss ja nicht nur die Einnahmen sehen, sondern die Ausgaben. Es wird demnächst wahrscheinlich eine Kindergrundsicherung geben, die wir mitfinanzieren. Wir haben für 2024 keinerlei Zusagen des Bundes, dass er sich an den Flüchtlingskosten beteiligt. Wir sollen die Schulen – das ist ja ein Standardproblem – in einen besseren Zustand bringen. Wir haben einen Investitionsrückstand von 159 Milliarden. Auch der netteste Gewerkschafter kann mir die Kommunen nicht reichrechnen.

Heinemann: Wie, wenn nicht über bessere Bezahlung bekommt der öffentliche Dienst auch in den Kommunen gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter?

Landsberg: Ja, das ist die Frage, was ist denn eine gute Bezahlung. Und dieser Dreiklang, den ich immer höre, mehr Geld, mehr Wertschätzung, mehr Personal, der wird nicht funktionieren. Das Personal gibt es nicht. In den nächsten zehn Jahren, Herr Heinemann, verlieren die Kommunen 587.000 Beschäftigte. Das ist mehr als 30 Prozent. Da können Sie so viel zahlen wie sie wollen. Wir brauchen andere Systeme. Wir müssen digitaler werden, wir müssen auch überlegen, ob alles, was und wie wir das machen, so gemacht werden muss. Und vor allen Dingen müssen Bund und Länder mal endlich aufhören, uns immer neue Vorgaben zu machen mit immer komplizierteren Verfahren, die eine enorme Belastung auch für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darstellen.

Heinemann: Welches Sparpotenzial – Sie haben das angesprochen – bietet denn eine umfassende Digitalisierung für Städte und Gemeinden?

Landsberg: Erst mal kostet das richtig Geld, weil die Prozesse sind nicht digitalisiert. Aber es wird mittelfristig schon die Möglichkeit geben, ich sage immer das Amazon-Prinzip, was ja für den Bürger auch gut ist: „Heute bestellt, morgen geliefert“. Wir brauchen eine Identität, dass jeder weiß, aha, das ist auch der Herr Müller, der hier den Antrag stellt – dann muss der nicht aufs Bürgeramt, dann muss der da nicht warten, dann müssen da nicht drei Sachbearbeiter sitzen, dann reicht vielleicht einer. Aber das ist ein langfristiger Prozess

Heinemann: Morgen geliefert – wie schön klingt das... Herr Landsberg, werden wir noch mal konkret. Bei welchem Abschluss läge für Städte und Gemeinden die Schmerzgrenze?

Landsberg: Die ist eigentlich schon bei den acht Prozent, die jetzt angeboten wurden, überschritten. Das sind ja auch immer so Begriffe. Wir brauchen die Leute, wir wollen die Leute und es muss einen Kompromiss geben. Und da werde ich den Schlichtern und auch unseren Partnern, die dort verhandeln, nicht vorgreifen wollen.

Heinemann: Wie würden denn die Städte und Gemeinden die Mehrbelastung schultern? Welche Streichposten müssten dann...

Landsberg: Herr Heinemann, da gibt es nur ganz wenige Möglichkeiten. Die erste Möglichkeit: Noch mehr Schulden, die übrigens teurer werden. Zweitens werden teilweise die Gebühren steigen. Sie wissen, Personalkosten werden in den Müllgebühren, in den Abfallgebühren, in den Wassergebühren eingerechnet. Man wird auch vielleicht die eine oder andere Investition entweder gar nicht machen oder zurückstellen. Das heißt, das Leben für die Menschen vor Ort wird dadurch nicht besser. Und das bitte ich auch mal zu bedenken – an unsere Zuhörerinnen und Zuhörer: Am Ende bezahlen wir das alle, übrigens auch die Beschäftigten!

Heinemann: Das klingt jetzt wieder danach, dass Schwimmbäder geschlossen werden.

Landsberg: Ich will nicht sagen, dass Schwimmbäder geschlossen werden, aber es wird sicherlich wieder auf die freiwilligen Leistungen gehen. Dazu gehört auch das Schwimmbad

und da muss man ehrlich sein. Viele Kommunen haben gar keinen Spielraum mehr für freiwillige Leistungen. Das ist ja das Problem.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.